



EUROPÄISCHE  
KOMMISSION

Brüssel, den 9.12.2015  
C(2015) 8670 final

**BESCHLUSS DER KOMMISSION**

**vom 9.12.2015**

**über die Einzelmaßnahme für die Islamische Republik Mauretanien zulasten des  
11. Europäischen Entwicklungsfonds**

## BESCHLUSS DER KOMMISSION

vom 9.12.2015

### über die Einzelmaßnahme für die Islamische Republik Mauretanien zulasten des 11. Europäischen Entwicklungsfonds

DIE EUROPÄISCHE KOMMISSION —

gestützt auf den Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union,

gestützt auf die Verordnung (EU) 2015/322 des Rates vom 2. März 2015 über die Durchführung des 11. Europäischen Entwicklungsfonds<sup>1</sup>, insbesondere auf Artikel 9,

gestützt auf die Verordnung (EU) 2015/323 des Rates vom 2. März 2015 über die Finanzregelung für den 11. Europäischen Entwicklungsfonds<sup>2</sup>, insbesondere auf Artikel 26,

in Erwägung nachstehender Gründe:

- (1) Die Kommission hat das Mehrjahresrichtprogramm für die Islamische Republik Mauretanien<sup>3</sup> angenommen, in dem unter Punkt 5 folgende bereichsübergreifenden Unterstützungsmaßnahmen festgelegt sind: 1. Unterstützung des nationalen Anweisungsbefugten 2. Begleitung der Programmierung, Vorbereitung und Durchführung des 11. EEF und 3. Unterstützung bei der Reform der öffentlichen Finanzen.
- (2) Die Maßnahme zulasten des 11. Europäischen Entwicklungsfonds<sup>4</sup> zielt darauf ab, die gute Regierungsführung in Mauretanien zu stärken, um zu den Entwicklungszielen beizutragen.
- (3) Die Maßnahme „Programm zur Unterstützung der Durchführung des 11. EEF (PAMO 11. EEF)“ zielt ab auf 1. die Verbesserung der Kapazitäten der mauretanischen Verwaltung für die Verwaltung der Entwicklungshilfe, um eine möglichst große Wirkung der Mittel der Geber im Hinblick auf die Verwirklichung der Ziele der Armutsbekämpfungsstrategien zu erreichen; 2. die Verbesserung der Qualität der Interventionen, die die EU im Rahmen des 10. und 11. EEF finanziert, und 3. die Stärkung des Systems der Verwaltung der öffentlichen Finanzen für eine effiziente Erbringung öffentlicher Dienstleistungen mit Blick auf die Bekämpfung der Armut. Mit den vorgeschlagenen Maßnahmen soll der Übergang zu umfassenderen Unterstützungsmaßnahmen für die Anweisungssysteme des EEF einerseits und der öffentlichen Finanzen andererseits begleitet werden.

---

<sup>1</sup> ABl. L 58 vom 3.3.2015, S. 1.

<sup>2</sup> ABl. L 58 vom 3.3.2015, S. 17.

<sup>3</sup> Beschluss C(2014) 3644.

<sup>4</sup> Internes Abkommen zwischen den im Rat vereinigten Vertretern der Regierungen der Mitgliedstaaten der Europäischen Union über die Finanzierung der im mehrjährigen Finanzrahmen für den Zeitraum 2014 bis 2020 vorgesehenen Hilfe der Europäischen Union im Rahmen des AKP-EU-Partnerschaftsabkommens und über die Bereitstellung von finanzieller Hilfe für die überseeischen Länder und Gebiete, auf die der vierte Teil des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union Anwendung findet (ABl. L 210 vom 6.8.2013, S. 1).

- (4) Es muss ein Finanzierungsbeschluss gemäß den Bestimmungen des Artikels 94 der Delegierten Verordnung (EU) Nr. 1268/2012 der Kommission<sup>5</sup> erlassen werden, der gemäß Artikel 26 der Verordnung (EU) 2015/323 Anwendung findet.
- (5) Die Kommission sollte dem in diesem Beschluss genannten Partnerland – vorbehaltlich des Abschlusses einer Übertragungsvereinbarung – Haushaltsvollzugsaufgaben im Rahmen der indirekten Mittelverwaltung übertragen. Der zuständige Anweisungsbefugte hat im Einklang mit Artikel 60 Absätze 1 und 2 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 sicherzustellen, dass diese Einrichtungen ein Niveau des Schutzes der finanziellen Interessen der Union gewährleisten, das dem für die Verwaltung von Unionsmitteln durch die Kommission erforderlichen Niveau entspricht. Diese Einrichtungen erfüllen die Bedingungen des Artikels 60 Absatz 2 Unterabsatz 1 Buchstaben a bis d der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 und die erforderlichen Aufsichts- und Unterstützungsmaßnahmen wurden getroffen.
- (6) Die Kommission sollte dem in diesem Beschluss genannten Partnerland – vorbehaltlich des Abschlusses einer Finanzierungsvereinbarung – Haushaltsvollzugsaufgaben im Rahmen der indirekten Mittelverwaltung übertragen. Im Einklang mit Artikel 60 Absatz 1 Buchstabe c der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012, der aufgrund von Artikel 17 Absatz 1 und Artikel 2 Absatz 1 der Verordnung (EU) 2015/323 anwendbar ist, muss der zuständige Anweisungsbefugte dafür sorgen, dass Maßnahmen getroffen werden, um die Durchführung der übertragenen Aufgaben zu überwachen und zu unterstützen. Diese Maßnahmen und die übertragenen Aufgaben sind im Anhang dieses Beschlusses beschrieben.
- (7) Die Zahlung etwaiger Verzugszinsen muss auf der Grundlage des Artikels 92 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 und des Artikels 111 Absatz 4 der Delegierten Verordnung (EU) Nr. 1268/2012 gestattet werden, die aufgrund von Artikel 29 Absatz 1 der Verordnung (EU) 2015/323 Anwendung finden.
- (8) Im Einklang mit Artikel 94 Absatz 4 der Delegierten Verordnung (EU) Nr. 1268/2012 muss die Kommission definieren, welche Änderungen zu diesem Beschluss nicht substantiell sind, damit derartige Änderungen vom zuständigen Anweisungsbefugten vorgenommen werden können.
- (9) Die in diesem Beschluss vorgesehenen Maßnahmen entsprechen der Stellungnahme des mit Artikel 8 des Internen Abkommens eingesetzten Ausschusses für den Europäischen Entwicklungsfonds –

BESCHLIESST:

### *Artikel 1*

#### **Annahme der Maßnahme**

Der Beschluss über die im Anhang beschriebene Einzelmaßnahme für die Islamische Republik Mauretanien zulasten des 11. Europäischen Entwicklungsfonds wird genehmigt.

Die Maßnahme umfasst folgendes Programm:

- Anhang: Programm zur Unterstützung der Durchführung des 11. EEF (PAMO 11. EEF)

---

<sup>5</sup> Delegierte Verordnung (EU) Nr. 1268/2012 der Kommission vom 29. Oktober 2012 über die Anwendungsbestimmungen für die Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union (ABl L 362 vom 31.12.2012, S. 1).

## *Artikel 2*

### **Finanzbeitrag**

Der Beitrag der Europäischen Union zur Durchführung der in Artikel 1 genannten Maßnahme beläuft sich auf höchstens 12 000 000 EUR zulasten des 11. Europäischen Entwicklungsfonds.

Die in Absatz 1 genannten Mittel können auch Verzugszinsen decken.

## *Artikel 3*

### **Durchführungsmodalitäten**

Haushaltsvollzugsaufgaben im Rahmen der indirekten Mittelverwaltung können vorbehaltlich des Abschlusses der entsprechenden Vereinbarungen den im Anhang genannten Einrichtungen übertragen werden.

Im Abschnitt „Durchführung“ des Anhangs dieses Beschlusses sind die Elemente aufgeführt, die nach Artikel 94 Absatz 2 der Delegierten Verordnung (EU) Nr. 1268/2012 erforderlich sind.

## *Artikel 4*

### **Nicht substanzielle Änderungen**

Mittelerhöhungen oder Mittelsenkungen von bis zu 10 Mio. EUR, die 20 % des in Artikel 2 Absatz 1 genannten Beitrags nicht übersteigen, oder kumulierte Änderungen der Mittelzuweisungen für die einzelnen Maßnahmen, die insgesamt 20 % dieses Beitrags nicht übersteigen, sowie Verlängerungen der Durchführungsfrist gelten im Sinne des Artikels 94 Absatz 4 der Delegierten Verordnung (EU) Nr. 1268/2012 nicht als substanziell, wenn sie die Art und die Ziele der Maßnahmen nicht wesentlich beeinflussen. Die in diesem Artikel festgelegte Obergrenze gilt auch für die Inanspruchnahme von Rückstellungen für unvorhergesehene Ausgaben.

Der zuständige Anweisungsbefugte kann solche nicht substanziellen Änderungen im Einklang mit den Grundsätzen der wirtschaftlichen Haushaltsführung und der Verhältnismäßigkeit beschließen.

Geschehen zu Brüssel am 9.12.2015

*Für die Kommission  
Neven Mimica  
Mitglied der Kommission*